Der neue Vorstoß der Unternehmer!

Von Erich Auer

Die meisten Notverordnungs-Zwangstarife laufen am 30. April ab. Täglich werden Lohn- und Manteltarife von den Unternehmern gekündigt. Es steht fest, daß die Kapitalisten mit Unterstützung der staatlichen Schlichtungsinstanzen den frühest möglichen Termin benutzen wollen zu erneuten Lohnsenkungen.

Für rund vier Millionen Arbeiter und Angestellte sind die Lohn- und Manteltarife bereits zum 30. April oder Ende Mai gekündigt. Was die Unternehmer wollen, ist aus dem Verlauf der bereits stattgefundenen Verhandlungen klar geworden. Die Sprache der Wirtschaftskapitäne auf den Unternehmertagungen und in ihrer Presse ist deutlich genug, sie fordern brutal und unverhüllt **neue Lohnsenkungen um 15 bis 20 Prozent.** Die Masse der deutschen Arbeiter nagt bereits am Hungertuche und Millionen können sich in Deutschland nicht mehr satt essen. Aber Bauunternehmer z. B. fordern Abbau der Spitzenlöhne für Bauarbeiter von 1.25 Mark auf 1.03 Mark. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter sollen von 1.18 auf 0.83 Mark gesenkt werden und entsprechend auch die Löhne der Tiefbauarbeiter usw. „Die Buchdruckereiunternehmer verlangen Lohn- und Arbeitszeitverschlechterungen, die für die Buchdrucker einen Lohnabbau von 20 Prozent bedeuten. Auf der Zeche „Karolinne" im Ruhrgebiet versuchen die Zechenbarone einen „freiwilligen" Lohnabbau von 20 Prozent durch Stillegungsdrohung zu erpressen. In den Buchdruckereien werden Lohnsenkungen von den Unternehmern versucht durch Vereinbarungen mit sozialdemokratischen Betriebsräten auf Reduzierung der übertariflichen Bezahlung. In der mitteldeutschen Chemieindustrie werden die „freiwillig bezahlten" übertariflichen Leistungslöhne von der IG abgebaut.

Mit **dem erneuten Angriff auf die letzten Lohngroschen wollen die Unternehmer zugleich das Tarifsystem gänzlich nach ihren Wünschen gestalten, um der kapitalistischen Willkür Tür und Tor zu öffnen.** Durch die Maßnahmen der faschistischen Brüning-Regierung und die faschistische Entwicklung der reformistischen Gewerkschaften infolge der Politik ihrer Führung, die in der aktiven Durchführung der Notverordnungspolitik zum Ausdruck kommt, können in Deutschland sowieso nur noch von „zeitweiligen" Tarifen

einen Arbeitsverträgen gesprochen werden. Sie werden nach den Wünschen der Unternehmer durch diktatorische Notverordnungsmaßnahmen der Regierung einfach geändert oder außer Kraft gesetzt, ohne daß die Gewerkschaftsführer auch nur daran denken, **irgendwelche Kampfmaßnahmen zur Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterklasse** einzuleiten. Die faschistische Zersetzung und Ausschaltung der Tarifverträge mit Hilfe der Notverordnungspolitik genügt den Kapitalisten noch nicht. Sie wollen aus ihrer Machtvollkommenheit schalten und walten, wie sie wollen. Deshalb verlangen sie:

„Wir werden dabei endlich dem Problem des starren Lohntarifes zu Leibe gehen müssen. Glaubt man wirklich, öffentliche Arbeitsprogramme unter den engen Bindungen unserer Lohntarife durchführen zu können?" („Kölnische Zeitung" vom 30. März 1932.)

Noch deutlicher wurde Geheimrat Kastl auf der Sitzung des Präsidiums des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, wo er u. a. verlangte „die Ermöglichung freier Vereinbarung über die Arbeitszeit".

Was tun in dieser Situation die reformistischen Gewerkschaftsführer? Sie könnten bei rücksichtsloser Einsetzung der Kampfkraft der Millionen organisierter Arbeiter die Lohnraubabsichten der Unternehmer schnell zunichte machen und den Kampf für die Erhöhung der Löhne, wie das die RGO in den Betrieben und Gewerkschaften fordert und wofür sie kämpft, aufnehmen.

Haben die Gewerkschaftsführer in ihren Zeitungen bei Verkündung der Notverordnung nicht geschrieben, daß sie nur vorübergehend durch das Gesetz gefesselt sind, daß aber am 30. April der Kampf der Gewerkschaften beginnt für die Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter. Haben sie nicht in allen Gewerkschaftsversammlungen gesagt: Kollegen, jetzt sind wir gefesselt, aber am 30. April werden wir den Kampf für die Interessen der Kollegen aufnehmen. Tausende Gewerkschaftskollegen haben das gelesen und gehört. Und nun? Die Strategen des reformistischen Eisenbahnerverbandes posaunen als großen Triumph aus, daß der Tarif der Eisenbahner auf der jetzigen Hungerbasis, die durch die Notverordnung bestimmt wurde, auf zwei Monate verlängert ist. Die reformistische Bauarbeiterverbandsbürokratie will in der jetzigen Situation, wo die Bauarbeiter in der frechsten Weise von den Unternehmern angegriffen werden, ihre „Kräfte in besseren Zeiten einsetzen und möglichst über die schwere Zeit hinwegkommen."

Es ist klar, von den reformistischen Verbandsbeamten hat die Arbeiterschaft nichts zu erwarten als erneuten Verrat. Von Betrug zu Betrug geht der Weg der ADGB-Führer; ihre oberste Sorge ist das Wohl der kapitalistischen Wirtschaft, mögen Tausende von Arbeitern zugrunde gehen, mögen dabei selbst die ADGB-Verbände dem völligen Niedergang ausgeliefert werden.

Die RGO stellt jetzt in allen Industriegruppen, in allen Betrieben die Forderungen für die kommenden Tarifbewegungen gemeinsam mit allen Arbeitern, auch den Gewerkschaftskollegen, auf. Die Forderungen der Arbeiter, kollektive Arbeitsverträge, die in Inhalt und Form den Interessen der Arbeiter entsprechen, können nur durch erbitterten Kampf durchgesetzt werden. Das lähmende Gift der reformistischen Verseuchung, das die Kampfkraft der Arbeiterschaft im Interesse der Bourgeoisie hemmt, muß heraus aus der Arbeiterbewegung. Es ist ein schwerer Kampf, den die Millionen Arbeiter, deren Tarife jetzt gekündigt sind, gegen die Unternehmer und ihre Gehilfen, die Gewerkschaftsbeamten, zu bestehen haben. Die Arbeiter sind auf ihre eigene Kraft und Erfahrung angewiesen. Die RGO wird die größten Anstrengungen machen müssen, um in allen Industriegruppen, in den Betrieben und Gewerkschaften den erbitterten Widerstand gegen den erneuten Lohnabbau zu organisieren. Jetzt muß endlich Schluß sein mit der Lohnräuberei. Lohnerhöhung, den Sieben-Stunden-Arbeitstag mit vollem Lohnausgleich, genug Brot für alle arbeitenden Menschen, das fordern die Millionen. Dafür kämpft die RGO. Wählt in allen Betrieben Delegierte für den vierten Landeskongreß am 23. und 24. April in Chemnitz!

Große Funktionär-Konferenz

aller Gewerkschafts- und RGO-Funktionäre, sowie der Betriebsgruppen- und Betriebszellen-Leiter:

Donnerstag, den 14. April 19.30 Uhr, Keglerheim

(Kleiner Saal). Es spricht der Genosse Paul Gruner über:

„Krisen-Kongreß" u. Lohnbewegung in Sachsen

An alle revolutionären Gewerkschafter!

Mobilmachung zum Kampf gegen wirtschaftliche Reaktion

RGO-Mitglieder! Revolutionäre Gewerkschafter!

Die Kommunistische Partei, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse, die Führerin aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, organisiert den **Kampf gegen die reaktionäre Schieckregierung, für die Auflösung des sächsischen Landtages.**

Am Sonntag ist roter Volksentscheid

Unter den größten Schwierigkeiten, gegen die gemeinsten Lügen und Verleumdungen, gegen die faschistischen Unterdrückungsmethoden der Bourgeoisie und ihrer Helfer, ruft die KPD die Arbeiterklasse und alle Werktätigen zum Kampf gegen die reaktionäre Schieckregierung, die führend an der Verschlechterung der Lebenslage des Proletariats, am Lohn- und Unterstützungsraub mit faschistischen Notverordnungen beteiligt ist.

Allein gegen eine Welt von Feinden, gegen eine Front, in der sich die Ausbeuter mit den Sozial- und Nationalfaschisten vereinigen, organisiert die KPD den **Kampf für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse. Das gesamte klassenbewußte Proletariat, voran die Mitglieder der RGO und alle revolutionären Gewerkschaftler, müssen diesen Kampf mit allen Mitteln unterstützen.**

Der Kampf gegen die reaktionäre Schieckregierung ist der Kampf gegen weiteren Lohnraub, gegen weitere Verschlechterung der gesamten Sozialfürsorge, gegen weitere Verelendung und Unterdrückung.

RGO-Mitglieder! Genossen! Tragt den Kampf in jeden Betrieb, an jede Stempelstelle! Seid unermüdliche Helfer im roten Volksentscheid! Organisiert in den Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse! Schafft die Voraussetzungen zum Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub, der mit dem Ablauf der Tarife am 30. April auf die Tagesordnung gesetzt ist.

Klärt durch unermüdliche Kleinarbeit, durch den Vertrieb der revolutionären Zeitungen und Broschüren, durch tägliche Diskussion mit den uns noch Fernstehenden, mit den SPD-, SAP- und nationalsozialistisch beeinflußten Arbeitern die Massen des Proletariats auf.

Jedes RGO-Mitglied ein roter Volksentscheids-Helfer!

Mobilisiert die gesamte Arbeiterschaft zum außerparlamentarischen Kampf für ihre Lebensinteressen!

Stimmt mit „Ja" für den roten Volksentscheid!

Bezirkskomitee der RGO, Sachsen.

Ferienraub bei Farben-Gleitsmann

(Arbeiterkorrespondenz 508)

In der Lack- und Farbenfabrik Gleitsmann wurde folgender Aushang angebracht:

„Zwischen den Vertragsparteien des Reichstarifvertrages schweben zur Zeit Verhandlungen über die Abänderung einzelner tariflicher Bestimmungen u. a. auch hinsichtlich der Urlaubsvergütung bei Kurzarbeit. Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen darf erwartet werden, daß diese bis zur Mitte dieses Monats zu einem endgültigen Ergebnis führen. Denjenigen Leuten, die vor Abschluß der Verhandlungen in Urlaub gehen, wird, sofern sie Lohnzahlung voraus wünschen, zunächst nur soviel Lohn ausgezahlt, als sie verdient haben würden, wenn sie gearbeitet hätten. Je nach dem Ergebnis der Verhandlungen bleibt dem vorbehalten, die Lohnsumme den gefaßten Beschlüssen anzugleichen.

6. 4. 32. Firma Gleitsmann.

Stempel Betriebsleitung."

Im Betrieb herrscht ungeheuere Empörung über den Anschlag, den die Firma **mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie** gegen die Arbeiterschaft durchführen will.

Kollegen von Gleitsmann, organisiert die Abwehr unter Führung der RGO. Fordert die sofortige Einberufung einer Belegschaftsversammlungen und nehmt Stellung. Wählt einen Delegierten für den RGO-Kongreß in Chemnitz.

Immer neue Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden durchgeführt.

Bei den Holzarbeitern **Lohnabbau und Kürzung der Ferien,** bei den Metallern ebenfalls **Ferienraub und drohender neuer Lohnraub,** obwohl die meisten Metallbetriebe Dresdens kurz arbeiten. Die Metallarbeiter verdienen im Durchschnitt einschließlich der Kurzarbeiterunterstützung zirka 12 bis 16 Mark pro Woche und müssen davon ihre Familien ernähren, Kegersteuer usw. bezahlen.

Die Bauarbeiter, die, obwohl Ferien im Tarif verankert sind, in den seltensten Fällen in den Genuß dieser Ferien kamen, weil die Unternehmer kurz vor Abschluß der Ferienverwertungszeit die Arbeiter auf die Straße warfen, stehen vor neuem unerhörten Lohnraub. **Im Rheinland und in Berlin wurden die Löhne um 12 bis 18 Prozent abgebaut.** Die Verhandlungen in Sachsen sind noch nicht endgültig abgeschlossen. Aber soviel steht heute bereits fest, daß die **Gewerkschaften den Lohnraubplänen der Unternehmer keinen ernsthaften Widerstand** entgegensetzen werden.

Sie werden wie bei den Kämpfen gegen die Notverordnungsmaßnahmen auf seiten des Kapitals stehen und alle Kämpfe der Arbeiter verraten und abwürgen.

Der Weg des „kleineren Uebels" ist der Weg des langsamen, aber sicheren Verhungerns. Die Arbeiter aller Betriebe müssen den Kampf vorbereiten, Streik gegen jede Verschlechterung unter Führung der RGO, die bewiesen hat, daß auch in Krisenzeiten gekämpft werden kann, muß die Losung der gesamten Arbeiterschaft sein!

Organisiert die Abwehrkämpfe in allen Betrieben!

Daß sich trotz aller gegenteiliger Behauptungen in Gewerkschafts- und Betriebsversammlungen die Gewerkschaftsbonzen mit den Unternehmern an einen Tisch setzen, um über neue Abbaumaßnahmen gegen die Arbeiterschaft zu beraten, ist eine Tatsache.

Nachdem der **„Preisabbau"**, der dem durch die Notverordnung diktierten Lohnabbau folgen sollte, von der gesamten Arbeiterschaft **als Schwindel erkannt** wurde, versucht die SPD- und ADGB-Bürokratie noch weiterhin diesen Schwindel an den Mann zu bringen. So vertröstete die Dresdner Volkszeitung vor dem zweiten Wahlgang die Hutarbeiter auf das Wort Brünings, daß die Löhne mit den Preisen unlösbar verbunden seien und daß Brüning nun Wort halten möchte, damit tatsächlich ein Preisabbau eintrete.

Inzwischen wurden die Unternehmer immer frecher. **Ueber 2000 Tarife wurden für Ende April gekündigt** trotz Stegerwalds Erklärung, daß ein neuer Lohnabbau nicht durchgeführt würde.

25% Lohnraub für Angestellte!

Den Angestellten der Vereinigten Stahlwerke wurden Anfang Januar durch die Notverordnung 10 Prozent ihres Gehaltes gekürzt. Am 1. März wurde neben Kurzarbeit noch ein weiterer Abbau durchgeführt. Nach dem ersten Wahlgang, als große Massen der Angestellten noch für Hindenburg und Hitler gestimmt hatten, hieben die Thyssen und Co. noch weiter vor. Sie diktierten einen neuen Lohnraub von 5 Prozent und erklärten gleichzeitig, daß man die endgültige Regelung der Gehälter Mitte April, nach dem 2. Wahlgang vornehmen würde.

Angestellte! Nachdem ihr zum zweiten Male für die Kandidaten des Lohnraubes, die Hindenburg und Hitler gestimmt habt, gehen die Thyssen, Vögler, Klöckner und Co. zu neuen Raubmaßnahmen über. Sie finden ihre treuesten Stützen in den Gewerkschaftsbonzen, angefangen vom DHV bis zum ADB.

Nur die RGO ruft in Gemeinschaft mit der Kommunistischen Partei zum Widerstand auf. Rüstet zum Streik gegen jeden Pfennig Lohnabbau! Gebt der Schieckregierung, der Vertreterin der Scharfmacher, am 17. April die Quittung! Stimmt beim Volksentscheid mit Ja!

Der EdE für neue Feierschichten

Demagogisches Spiel der Gewerkschaftsbürokratie. Eisenbahner, organisiert den Kampf um die Forderungen der Revolutionären Gewerkschaftsopposition

(Arbeiterkorrespondenz 503)

Die Rationalisierungsmethoden der Dorpmüller-AG wirken sich gerade jetzt im verstärkten Maße auf die Arbeiter und Beamten aus. Lohnabbau und Personaleinschränkungen werden vorgenommen. Die Kollegen der RGO werden gemaßregelt und auf die Straße geworfen. Die revolutionäre Bewegung unter den Eisenbahnern wird unter aktiver Mithilfe des Einheitsverbandes unterdrückt und verfolgt. Trotzdem steigert sich von Tag zu Tag die Bewegung der RGO unter den Eisenbahnern, über die wir in den letzten Tagen ausführlich berichteten.

In einer solchen Situation bringt der Einheitsverband eine Eingabe an die Hauptverwaltung der Reichsbahn, mit der er beweist, daß er den Abbaumaßnahmen der Reichsbahnverwaltung kampflos zustimmt und darüber hinaus sogar „bessere Vorschläge" für die rasche Durchführung dieser kapitalistischen Rationalisierung bringt.

Wir bringen nachfolgend ein charakteristisches Zitat aus dem „Deutschen Eisenbahner" dem Organ des EdE vom 10. April:

„. . . Wir beziehen uns auf unsere in den Verhandlungen abgegebene Erklärung, daß jeder irgendwie geartete Beamtenabbau ungerechtfertigt ist, solange die Arbeitszeit und Dienstschichtdauer nach den Dienstdauervorschriften nicht in fühlbarer und zeitgemäßer Weise herabgesetzt worden ist."

Also die Arbeitszeit soll herabgesetzt werden, aber vom Lohnausgleich keine Spur.

Eisenbahner, so werden eure Interessen vom Einheitsverband gewahrt. Weiter fordert der EdE, daß man bei den Entlassungen ein Schiedsgericht einsetzen soll, welches die Aufgabe hat, bei Entlassungen oder zwangsweise durchgeführten Pensionierungen zu verhindern, daß dies nach politischen Gesichtspunkten geschieht. **Ausgerechnet der Einheitsverband,** der ist genug

revolutionäre Kollegen bei der Verwaltung denunzierte, erhebt diese Forderung.

Zum Schluß wird noch folgende Feststellung getroffen:

„Wenn in der Arbeitszeitfrage der Beamten auf die damit verbundenen Mehrausgaben hingewiesen wird, so muß daran erinnert werden, daß sowohl vom Einheitsverband wie auch vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund in der Vergangenheit immer und immer wieder die Frage der Arbeitszeitverkürzung an die Regierung herangetragen worden ist — zu einer Zeit, wo durch Gehaltskürzungen ganz erhebliche Beträge im Beisetzungstitel freigeworden sind. Mehrfach hat die Reichsregierung über die Einsparungen aus der Gehaltskürzung selbst verfügt, anstatt mit ihnen eine zeitgemäße Herabsetzung der Arbeitszeit zu ermöglichen."

Die Arbeitszeit will man verkürzen, aber die Forderung um vollen Lohnausgleich erhebt man nicht! Und wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten diesen neuen „Personaleinschränkungsplan" kampflos hinnehmen, werden sie sehr bald erkennen müssen, daß die reformistischen Gewerkschaften die Helfershelfer der faschistischen Politik in den Betrieben sind.

Auf der einen Seite Lohnabbau, Personaleinschränkung, und auf der anderen Seite ein ungeheures Steigen der Unfallziffer. Und der reformistische Einheitsverband unterstützt wirksam die Bestrebungen der Reichsbahnverwaltung, durch „bessere Vorschläge".

Die Eisenbahner müssen eintreten zu Kämpfen gegen den neuen Lohnraub und die Maßnahmen, die mit Hilfe der Gewerkschaftsbonzen durchgeführt werden sollen: weitere Personalentlassungen, neue Feierschichten usw. können nur durch Kampf verhindert werden. Unter Führung der RGO müssen sie die aktive Abwehr gegen alle Verschlechterungen, für ihre Forderungen organisieren.